

Stand: 20.04.2026 06:30:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1851

"Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern sicherstellen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1851 vom 07.05.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 08.05.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/2740 des WK vom 27.06.2019
4. Beschluss des Plenums 18/2914 vom 04.07.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die im Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit für ein „Gesetz zur Reform der Hebammenausbildung“ vorgesehene Vollakademisierung der Hebammenausbildung auch in Bayern zeitnah und bedarfsgerecht umgesetzt werden kann. Die Staatsregierung achtet insbesondere darauf, dass die in § 76 des Referentenentwurfs vorgesehene Übergangsfrist bis Ende 2020 eingehalten werden kann, dass eine hochschulische Hebammenausbildung in allen Landesteilen Bayerns möglich ist, dass pro Jahr etwa 150 Absolventinnen ihre akademische Ausbildung abschließen können und dass die Hochschulen in geeigneter Weise mit Hebammenschulen und Kliniken kooperieren.

Begründung:

Akuter Personalmangel ist einer der Gründe warum in Bayern immer mehr geburtshilfliche Abteilungen schließen müssen. Die Anzahl der Geburtshilfestationen an bayerischen Krankenhäusern hat sich zwischen 2010 und 2016 von 128 auf 108 reduziert. In 15 Landkreisen oder kreisfreien Städten gibt es derzeit keine geburtshilflich-gynäkologische Abteilung. Mit ihrem „Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Hebammenausbildung“ setzt die Bundesregierung die EU-Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen um. Das derzeit gültige „Gesetz über den Beruf der Hebamme und des Entbindungspfleger“ ist bis zum 18.01.2020 zu novellieren. Dieses Gesetz stammt aus den 1980er Jahren und entspricht nicht mehr den Anforderungen an eine zeitgemäße Hebammenausbildung. Die Gesundheitsversorgung ist in den letzten Jahrzehnten insgesamt, aber auch spezifisch für die Hebammen, anspruchsvoller und komplexer geworden. Die hohe Kaiserschnitttrate in der Geburtshilfe macht evidenzbasierte Konzepte für die hebammengeleitete Geburtshilfe dringend erforderlich. Hebammen müssen zudem in der Lage sein, ihr eigenes Handeln kritisch zu hinterfragen und zu reflektieren. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht daher eine vollständige Akademisierung der Hebammenausbildung vor. Zukünftig werden alle Hebammen akademisch im Rahmen von Regelstudiengängen ausgebildet. Eine Teilakademisierung kommt für diesen Beruf nicht in Betracht. Das Nebeneinander verschiedener Ausbildungswege für Hebammen würde zu einer Spaltung der ohnehin kleinen Berufsgruppe führen. Dabei muss jede Hebamme in der Lage sein, das gesamte Tätigkeitsspektrum ihres Berufes zu beherrschen und insbesondere auch die vorbehaltenen Tätigkeiten auszuführen – und das auf einem bundesweit einheitlichen Niveau. In den §§ 75 und 76 sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, dass Hebammenausbildungen, die bis zum 31.12.2020 begonnen werden, bis zum 31.12.2025 nach den derzeit geltenden Regelungen abgeschlossen werden können. Gleichzeitig können Hochschulen bis zum 31.12.2030 die praktischen Lehrveranstaltungen des Studiums und die Praxisbegleitung von Hebammenschulen durchführen lassen. Es ist also davon auszugehen,

dass Hebammenausbildungen, die ab dem Wintersemester 2020/2021 neu aufgenommen werden, ausschließlich an Hochschulen durchgeführt werden (müssen). Dafür muss eine ausreichende Ausbildungskapazität zur Verfügung stehen.

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege vom 22.01.2019 berichteten die beiden Staatsministerien für Gesundheit und Pflege sowie für Wissenschaft und Kunst über den Stand der Ausbildung sowie der Akademisierung der Hebammen. Der Vertreter des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst stellte fest, dass an drei Standorten (Katholische Stiftungshochschule München, Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg und Hochschule Landshut) Ausbildungskapazitäten von jährlich rund 100 Absolventinnen geschaffen werden sollen. Dies entspricht zwar den derzeitigen Absolventinnenzahlen, deckt aber bei weitem nicht den Bedarf, da ein nicht unerheblicher Teil der Absolventinnen den Beruf der Hebamme gar nicht ergreift oder schon nach wenigen Jahren wieder aufgibt. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass bereits jetzt Geburtshilfeabteilungen wegen einem akuten Mangel an Hebammen schließen müssen. Es ist also von einem realistischen Bedarf von 150 Absolventinnen der akademischen Hebammenausbildung pro Jahr auszugehen. Die bisher vorgesehenen Standorte schließen die Regierungsbezirke Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken von der akademischen Hebammenausbildung aus. Die an der HAW Landshut vorgesehene Ausbildung wird außerdem voraussichtlich kein grundständiger Studiengang sein. Je eine zusätzliche akademische Hebammenausbildung in Augsburg und Nürnberg scheinen daher die beste Lösung zur Sicherung des Personalbedarfs in der Geburtshilfe zu sein.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Da können Sie jetzt buhen. Ich bin jetzt über zehn Jahre hier in diesem Hohen Haus, und es gab in über zehn Jahren keine einzige Situation, die es gerechtfertigt hätte, Sie mit der AfD oder einer anderen Gruppierung des rechten oder linken extremistischen Spektrums in einen Topf zu werfen. Das habe ich nie getan, und das werde ich auch nicht tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Natascha Kohnen (SPD))

Es ist bedauerlich, dass Sie das als Verquickung verstanden haben und dass Sie es so verstanden haben, dass die SPD hier mit der AfD in einen Topf geworfen wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lesen Sie Ihren Antrag!)

Das war nie Gegenstand dieses Antrags. Das war nie beabsichtigt. Ich denke, diese Erklärung ist klar und eindeutig. Dass zwei Sachverhalte in einem Antrag zusammengefasst sind, ist nichts Unübliches. Das passiert öfters.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist keine Distanzierung!)

Um es noch mal deutlich zu sagen: Es sind zwei voneinander getrennte Vorgänge.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie machen es noch schlimmer!)

Es war weder meine Absicht noch ist es der Inhalt meines Redebeitrags – Sie können ihn gerne noch einmal anhören, ich werde es auch tun –, Sie mit rechtsextremem Gedankengut in Verbindung zu bringen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank Herr Abgeordneter Pohl. – Gibt es Wortmeldungen zur Gegenrede? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag wird beim nächsten Plenum ohne weitere Aussprache erfolgen.

Die weiteren Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/1850 mit 18/1859 und 18/1876 mit 18/1881 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 6 (Drs. 18/305), 7 (Drs. 18/314), 8 (Drs. 18/315) und 9 (Drs. 18/342) werden vertagt.

Meine Damen und Herren, es bleibt mir nichts anderes zu tun als das, was mir Herr Kollege Swoboda unnötigerweise abnehmen wollte. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, geprägt von etwas unaufgeregteren Gesprächen, gerne auch über Fraktionsgrenzen hinweg. Schönen Abend! Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19:30 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann,
Michael Busch u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 18/1851

Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern sicherstellen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ruth Waldmann**
Mitberichterstatler: **Bernhard Seidenath**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 11. Sitzung am 22. Mai 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 11. Sitzung am 25. Juni 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 29. Sitzung am 27. Juni 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
- CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Enthaltung
- Ablehnung empfohlen.

Robert Brannekämper
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/1851, 18/2740

Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern sicherstellen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 21 der Anlage. Das ist der Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen" auf Drucksache 18/1642, der auf Antrag der AfD-Fraktion einzeln behandelt werden soll. Der Aufruf dieses Antrags erfolgt nach der Behandlung der Dringlichkeitsanträge.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die gesamte Antragsliste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Damit ist die Liste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25 so beschlossen, und der Landtag übernimmt diese Voten.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen I:
Mehr Handlungsspielraum für die Kommunen bei der Innenentwicklung
Drs. 18/1513, 18/2509 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen II:
Flächenfraß durch steuerliche Anreize reduzieren
Drs. 18/1514, 18/2510 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen III:
Ausfransen von Ortsrändern verhindern
Drs. 18/1515, 18/2733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen IV:
Flächenstatistik reformieren
Drs. 18/1516, 18/2511 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten II – Förderung und Gründung von Energieagenturen in Bayern
Drs. 18/1563, 18/2744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten III – Schulung von Energieberaterinnen und Energieberatern praxisnah gestalten
Drs. 18/1564, 18/2745 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten IV – Energiearmut messbar machen
Drs. 18/1565, 18/2746 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten V – Förderprogramme alltags- und praxistauglich gestalten
Drs. 18/1566, 18/2747 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen – Afghanistan ist nicht sicher!
Drs. 18/1600, 18/2660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen
Drs. 18/1642, 18/2317 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vollzug des Finanzausgleichsgesetzes – Ansatz für Kinderbetreuung überprüfen!
Drs. 18/1644, 18/2756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Bauen ist der beste Mieterschutz – ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenpaket
Drs. 18/1858, 18/2754 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
NEIN zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit bei Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik
Drs. 18/1850, 18/2755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein starkes Europa der Regionen!
Drs. 18/1855, 18/2758 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein starkes Europa mit klarer Verantwortung – Sozialpolitik bleibt Sache der Mitgliedstaaten
Drs. 18/1876, 18/2757 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>